

# Krautauer Zeitung.

Nr. 136.

Samstag, den 16. Juni

1860.

Die „Krautauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Krautau 4 fl. 20 Nkr., mit Versendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile für IV. Jahrgang. — Die erste Einrückung 7 kr., für jede weitere Einrückung 3 1/2 Nkr.; Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Nkr. — Inserat Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krautauer Zeitung.“ Zusendungen werden franco erbeten.

## Amtlicher Theil.

**Nr. 13916. Kundmachung.**  
Die evangelische Gemeinde Ranischau (Bezirks-Bezirk) hat die bisherige in 78 fl. 92 kr. öst. Währ. bestehende Dotation der Trivialschule im Orte auf 185 fl. 41 1/2 kr. erhöht.  
Dieses behätigte Streben zur Förderung der Volksbildung wird mit dem Ausdruck der gebührenden Anerkennung zur allgemeinen Kenntniss gebracht.  
Von der k. k. Landesregierung.  
Krautau, am 7. Juni 1860.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 3. Juni d. J. dem Pfarter zu Subitovizza, Fro Giovanni Bricchi, in Anerkennung seiner vielen um Staat und Kirche sich erworbenen Verdienste, das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.  
Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 3. Juni d. J. dem Finanzwach-Aufseher, Joseph Frank in Oberösterreich, in Anerkennung seiner vielfätigen, treuen und tadellosen Dienstleistung, das silberne Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.  
Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 27. Mai d. J. die Lehranzel der Geburtshilfe an der Hebammen-Lehranstalt zu Alze-Basse und die damit verbundene Primararztesstelle an der dortigen Gebär- und Fingelanstalt dem Prager Privat-Dozenten der operativen Geburtshilfe, Dr. Karl Gledl v. Hell, allergnädigst zu verleihen geruht.  
Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 3. Juni d. J. die Ida Freiin v. Gulluz zur Ehrenname des freiwillich-adeligen Damenstiftes Maria Schul in Brünn allergnädigst zu ernennen geruht.

Das Finanzministerium hat bei dem unterstehenden Staatshauptkassen den Kontrolleur, Vincenz Winter, zum Kassendirektor, den Liquidator Dr. August Schmidt zum Kontrolleur, den Kassier Karl Wittmann zum Liquidator und den Kassier-Adjunkten Karl Schmidt zum Kassier ernannt.  
Der Justizminister hat den Oberstaatsanwalt, Stellvertreter bei dem Ober-Landesgerichte zu Großwardein, Rabaldus von Bogdan, zum Kommissar der Staatsanwaltschaft in Wrad ernannt.  
Der Justizminister hat den Staatsanwalt bei dem Kommissar der Staatsanwaltschaft zu Opatowitz, Sigismund v. Palásovics, zum Staatsanwalt bei dem Landesgerichte zu Großwardein mit dem Charakter eines Landesgerichtsrathes ernannt.  
Der Justizminister hat den Stuhlrichteramt-Adjunkten zu Reben, Dr. Franz Rebohaman, zum Rathessekretär-Adjunkten bei dem Ober-Landesgerichte zu Gyries ernannt.

## Wichtamtlicher Theil.

Krautau, 16. Juni.

Se. königl. Hoheit der Prinz-Regent von Preußen ist in Begleitung Se. Hoh. des Fürsten zu Hohenzollern am 13. Juni Abends nach Baden-Baden abgereist. Auch der König von Hannover begibt sich nach heute vorliegenden telegr. Berichten dorthin. Aus der Reise des Königs von Hannover nach Baden-Baden nimmt die „Öst. Post“ Veranlassung, den Beweis zu führen, daß der ganze Charakter der Zusammenkunft der deutschen Fürsten geändert sei und daß diese, etwa mit Ausnahme des Prinz-Regenten von Preußen, nach Baden-Baden kommen, nur um den Kaiser Louis Napoleon zu begrüßen. Warum gerade aus der Reise des Königs von Hannover? „Der König von Baiern“, sagt die „Öst. Post“, „ist ein Grenznachbar Frankreichs, seine Staaten sind im Falle eines Krieges zunächst bedroht; vom König von Würtemberg ist beinahe dasselbe zu sagen und er ist obendrein mit den Napoleoniden verschwägert; der Großherzog von Baden ist der Fürst des Landes, in welches der französische Monarch kommt. Was den Prinz-Regenten von Preußen betrifft, so nehmen wir die Version der preussischen Blätter an, daß er den Besuch nicht ablehnen konnte, der ihm angeboten wurde in dem Orte, wo seine Frau zur Badekur sich befindet, in „dem Lande seiner Tochter,“ wie sich naiver Weise ein Berliner Blatt ausdrückt. Die Anwesenheit des Königs von Hannover jedoch markirt die Bedeutung des Fürstentages, der für den Kaiser der Hannover vorbereitete (?) wird, in ganz eigener Weise weit ab von demselben. Vom Standpunkte der Courtoisie ist der König eben so wenig verpflichtet, nach Baden-Baden sich zu begeben als der Großherzog von Mecklenburg oder der Großherzog von Weimar. Es ist dies ein Act ganz besonderer Höflichkeit, der nur in politischen Motiven seine Begründung findet. Der politische Charakter der Baden-Badener Zusammenkunft tritt durch die Reise des hannoverschen Monarchen ganz vorzüglich an's Licht. Gespannt mit Frankreich und mit Preußen mochte die Situation dem König von Hannover doppelt gefährlich sein in dem Momente, wo Napoleon III. und der Prinz-Regent zu persönl-

chen Verhandlungen kommen. Die ersten Nachrichten hiervon haben offenbar in Hannover Bestürzung erregt, eine Bestürzung, die vielleicht ebenso übertrieben war als manches Andere. Unter dem Eindrucke derselben wurde die doppelte Umkehr improvisirt: die beschwichtigende Reise nach Berlin und die Begrüßungsfahrt nach Baden-Baden. Der Neffe, schließt die „Öst. Post“, wird zwar nicht buchstäblich ein Parterre von Königen in Baden haben wie der Onkel in Erfurt; Dank dem unabhängigen Geiste des deutschen Volkes, sie fügen noch alle in ihren eigenen Logen. Aber anwesend werden sie sein; wenn auch nicht alle, so doch viele, mehr als notwendig und viel mehr, als mit deutschem Bewußtsein verträglich ist. Wir sind außer Stande, diese für Deutschlands Fürsten so wenig schmeichelhafte Auffassung zu theilen. Die Zusammenkunft dieser war festgesetzt, noch ehe Louis Napoleon den Wunsch, mit dem Prinz-Regenten von Preußen zusammenzutreffen, ausgesprochen. Daß eine größere Anzahl deutscher Fürsten nach Baden-Baden kommt, als Anfangs bestimmt war, scheint uns ebenso gut als durch übertriebene Höflichkeit, durch den Wunsch und Zweck erklärbar, der Zusammenkunft Louis Napoleon's mit dem Regenten Preußens den Charakter einer Sonderverhandlung zu nehmen und dem Kaiser der Franzosen gegenüber die Solidarität der Fürsten des deutschen Bundes noch deutlicher kund zu geben. Was die Courtoisie gebietet, streift auch nicht mit der Politik; im Gegentheil, es ist ganz staatsklug, die friedlichen Versicherungen, welche der französische Kaiser in Baden-Baden zu geben gedenkt, ruhig entgegenzunehmen. Wenn er künftig Handel mit Deutschland machen will, so können ihm solche friedliche, vor den höchsten Zeugen gegebene Versicherungen sein Vorgehen nur erschweren. Wie viel die deutschen Fürsten von den Versicherungen Napoleons glauben wollen oder nicht, steht ganz in ihrem Belieben. Ferner ist der „Öst. Post“ entgegenzuhalten, daß die Zusammenkunft deutscher Fürsten in Baden-Baden ihre speziellen Zwecke hat. Im Besonderen wird auf die Fragen wegen der Reorganisation des deutschen Heeres, der Revision der Bundeskriegs-Verfassung und wegen Schleswig-Holstein hingewiesen.

Die französische Regierungspresse ist darüber her, dem Kaiser den Weg nach Baden-Baden recht glatt und eben zu machen. Deutschland wird mit beruhigenden Kundgebungen förmlich bombardirt, sie leiten die Reise des Kaisers ein. Im „Moniteur“ ergreift Hr. Thouvenel und im „Constitutionnel“ Grandguillot das Wort, um die Uneigennützigkeit und Friedfertigkeit des Kaiserreichs den Deutschen begreiflich zu machen, und um ihnen zu zeigen — das ist des Pubels Kern — daß ihre Regierungen Unrecht haben, so viel Geld für die Verbesserung und die Vermehrung ihrer Streitkräfte auszugeben. Eine bei dem bekannten Hoffkristaller About bestellte Broschüre über die Situation des preussischen Großherzogthums Posen, der die sogenannten Enthüllungen des Herrn v. Niegolewski zum Anhaltspunkte dienen sollen, ist wegen der Zusammenkunft in Baden vertagt und von den Resultaten der Besprechungen in Baden abhängig gemacht worden. Friedfertigkeit, Aufrichtigkeit, Biederkeit werden der Grundton des in Baden zu variirenden Themas sein. Der Pariser = Correspondent der „N. P. Z.“ behauptet sogar, der Empereur werde die Nothwendigkeit einer allgemeinen „Entwaffnung“ auf's Tapet bringen, die jedoch erst nach der gänzlichen Entfernung Oesterreichs aus Italien stattfinden könne, denn Venedig sei ja die einzige Klippe, an welcher der allgemeine Weltfriede scheitern könnte. Ueberhaupt sei es jedenfalls bemerkenswerth, daß nach der Meinung der officiellen und der nicht officiellen Conjecturalpolitiker die Zusammenkunft gegen Oesterreich (?) gerichtet ist. Eine andere allgemeine Ueberzeugung ist, daß S. M. die Kaiserin-Mutter von Rußland der Zusammenkunft nicht fremd sei. Nach der „Deferr. Ztg.“ hat der k. preuss. Gesandte in Wien, Baron v. Werther Montag (11.) dem Grafen Rechberg die officielle Mittheilung von der bevorstehenden Zusammenkunft des Prinzregenten von Preußen mit dem Kaiser Napoleon in Baden-Baden gemacht und bei dieser Gelegenheit zugleich über die eigentliche Veranlassung und den Zweck dieser Entrevue Erklärungen abgegeben, welche vollkommen geeignet sind, auch das laizeste Bedenken zu heben, das man hier und in Bezug auf die Interessen Deutschlands zu hegen geneigt war. Es ist diese Mittheilung die von uns bereits signalisirte Note, welche Preußen aus Anlaß der Zusammenkunft in Baden-Baden an alle deutschen Höfe zu richten sich bemüßigt glaubte.

Die „Times“ widmet der am 11. d. in den Armen Lord J. Russell's entworfenen Reform-Bill einen Nachruf. „Die von uns in den letzten drei bis vier Wochen ausgegebenen täglichen Bulletins“, bemerkt sie, „werden das Publikum auf das Ereigniß vorbereitet haben. Lord John Russell hatte kaum den Tod der Bill angezeigt, als er auch schon im Geiste des alten Spruches: „Der König ist todt, lange lebe der König“, eine Nachfolgerin für die nächste Session ankündigte. Die Bill ist, wie unsere Leser wissen, einer Menge von Leiden erlegen. Sie muß keinen einzigen heilen Fleck am ganzen Körper gehabt haben, denn die Zahl ihrer Kräfte war Legion, und wie wir aus der Tagesordnung von Montag ersehen, boten 60 bis 70 ihre Dienste an, als sie aus dem Leben schied. Das De mortuis nil nisi bene ist so ziemlich das Beste, was sich von ihr sagen läßt.“

Eine lithographirte Berliner Correspondenz bringt die Analyse einer preussischen Depesche vom 2. d. M. in der Bundes-Kriegsverfassungsfrage. Diese Depesche ist die Antwort auf ein vertrauliches Memorandum und soll zum Abschluß der augenblicklichen Erörterungen dienen, weil nach den Darlegungen des Memorandums die Gegensätze in der Auffassung über die Bedeutung und den Werth einiger Bestimmungen der Bundes-Kriegsverfassung und über die preussischen Reformvorschläge so durchgreifender Art sind, daß das Berliner Cabinet darauf verzichtet, auf dem diplomatischen Wege eine Annäherung oder Ausgleichung mit der österreichischen Regierung zu erzielen. In der preussischen Note vom 2. Juni sollen demgemäß diese Gegensätze auch nur constatirt und gleichzeitig einige Auffassungen der österreichischen Regierung berichtigt oder abgelehnt werden.

Das „Journal de Constantinople“ hatte gemeldet, die fremden Consuln in den Rumelischen Provinzen würden den Beratungen des Großvezirs, welche dieser auf seiner jetzigen Rund- und Untersuchungsreise mit den Provinzialräthen über die Lage der Nichttürken halten soll, beiwohnen können. Diese Meldung wird von demselben Blatte jetzt als völlig unrichtig bezeichnet und hinzugefügt, daß die Specialmission des Großvezirs sich nur auf innere Angelegenheiten des Reichs beziehe und die Consuln daher nur in jene Beziehungen zu ihm treten könnten, welche zwischen einem so hohen Würdenträger des Reichs und den Agenten befriedeter und verbündeter Mächte statthaben müssen.

Die Nachrichten aus Cochinchina lauten sehr traurig. Mit Ausnahme von Saigon und in der Umgegend dieser Stadt, wo französische Besatzung liegt, werden die Christen im ganzen Reiche grauenvoll verfolgt. Euro wurde ganz ausgegeben. Die Anamitischen Christen werden getödtet, verbrannt, gemartert. In 10 Monaten starben mehr als 15 eingeborne Priester den Märtyrertod. Der König scheint entschlossen aus Haß gegen die Franzosen und Spanier alle Christen zu vertilgen, „denn“, sagt er in einem jüngsten Edict, „wenn es keine Christen mehr gibt, werden die Franzosen nichts mehr bei uns zu suchen haben.“

Nach Berichten von der Westküste Afrika's hat die französische Fregatte „Licorne“ die Stadt Bonny heimgesucht und eine angeblich lang ausstehende Geldschuld afrikanischer Kaufleute an eine französische Firma durch eine Bombardements-Drohung eingetrieben.

Wie der „Patrie“ aus Turin telegraphirt wird, hätten die Engländer nach den Bestimmungen der Capitulation die Palermitanischen Forts wirklich zeitweilig besetzt sollen; die Vollstreckung dieses Punktes der Convention sei jedoch aus bis jetzt noch unbekanntem Gründen unterblieben. Der pariser = Corr. der „N. P. Z.“ meldet als ganz zuverlässig die Befehle, die demnach erfolgt und die Journale seien angewiesen, nicht davon zu sprechen.

Aus Palermo vom 4. Juni, wird der Times geschrieben: „Ein zu Salemi am 19. Mai erlassenes Decret errichtet eine Landwehr, zu welcher alle Männer im Alter von 17 — 50 Jahren gehören. Die von 17 bis 30 versehen den activen Felddienst im ganzen Lande, die von 30 — 40 werden in ihrer Provinz und die von 40 — 50 in ihrer Gemeinde verwandt. Die Officiere des activen Heeres ernannt der Oberbefehlshaber auf Vorschlag der Batalions-Commandeure; die Officiere der nur zum Localdienst verpflichteten der zweiten und dritten Kategorie werden von den Mannschaften selbst gewählt. Sie können sich denken, daß es einigermaßen schwer hält, dieses

Decret unter den obwaltenden Umständen zum Vollzug zu bringen. Und doch hat die Sache in und bei Palermo Fortschritte gemacht. Die verschiedenen Equadre sind je nach ihrer Stärke in Compagnien und Bataillone verwandelt und ihre Führer mit dem Range bekleidet worden, welcher der Zahl ihrer Mannschaften entspricht. Ihre Posten sind ihnen angewiesen worden, und sie gewöhnen sich allmählich an eine regelmäßige Organisation. Es ist aber eine wahre Herculesarbeit, irgend etwas von Ordnung in dieses Chaos hineinzu bringen und die Leute zum Ausgeben ihrer persönlichen Launen zu bewegen. Die Equadre werden jetzt regelmäßig besetzt, und ich glaube, daß man sie nicht würde zusammenhalten können, wenn das nicht der Fall wäre. Sie heißen: „Cacciatori dell' Etna“, kein übler Name für Leute, die einige Aehnlichkeit mit jenem rauchenden, aber sonst harmlosen Vulcane haben.“

Der von Garibaldi zum sicilianischen Kriegsminister ernannte Dr. Sinisi ist der dritte der Brüder dieses Namens; der Staatssecretär der provisorischen Regierung, Crispi, war Kassier, und Carini war Director der in Paris vor einiger Zeit an einem Bankerott verstorbenen franco-italienischen Agentur.

Nach der Pariser „Patrie“ ist die ganze Neapolitanische Flotte zum Kreuzen ausgerüstet worden. Wahrscheinlich will man endlich die fortwährende Zufuhr an Mannschaft und Munition verhindern, die Garibaldi aus Sardinien erhält, und die Häfen Siciliens blockiren. Zwei Schiffe mit Contrebande sind bereits aufgebracht.

Der sicilianische Correspondent der Times ist nicht, wie man vielfach vermuthete, Herr William Russell, sondern der ungarische Oberst Cser.

Man schreibt dem „Ami de la Religion“ aus Neapel vom 5. d.: Der König ist in Portici und nicht wie mehrere Zeitungen berichten, in Gaeta. Beinahe jeden Tag ist Ministerrath. Salella, General Filangieri und mehrere hohe Staatsdiener wohnen diesen Beratungen bei. Auch die Prinzen, insbesondere Graf Trani, sind zugegen. Bis jetzt bezeichnete man diesen Prinzen als künftigen Vice-König von Sicilien. Jetzt ist nicht mehr von einem Vice-König die Rede, sondern von einem König, und in den letzten Tagen nennt man den Grafen von Syrakus. Dieser Prinz war schon früher General-Statthalter seines Bruders, des Königs Ferdinand II., in Palermo. Seine liberalen Strebungen sollen seine Abberufung veranlaßt haben. Jetzt weilt er in Sorrento. Nach einer Pariser Depesche wird in der Instruction des zu Paris erwarteten außerordentlichen Abgesandten Martino eine sehr liberale Constitution versprochen, nöthigenfalls für Sicilien dieselbe selbständige Stellung, wie sie Luxemburg von dem Könige der Niederlande zugestanden sei.

Nach einer von Lord Palmerston in der Sitzung des Unterhauses vom 12. d. auf eine Frage Sheridan's erhaltenen Antwort wird auch in London ein Abgesandter Neapels erwartet.

Savour hat an den Herrn von Thouvenel eine Depesche gerichtet, in welcher er das Ansuchen stellt, daß Frankreich auf der Nichtintervention in Sicilien beharre, weil das von Lord John Russell aufgestellte Princip der Nichtintervention amtlich von Frankreich angenommen worden sei.

Wien, 14. Juni. Die Verhandlungen des verstärkten Reichsrathes am 8. d., welche die „Wiener Ztg.“ in so lobenswerther Vollständigkeit mitgetheilt hat, würde sich eigentlich einfach um die Frage zu drehen gehabt haben, ob die Vorberathung der Grundbuchordnung einem Siebener-Comité zu überweisen sei, nach deren augenblicklich notwendiger Bejahung dasselbe sofort zu wählen gewesen sein würde. Nach dem von dem Baron Lichtenfels im Laufe der Verhandlungen dargelegten Usus des ständigen Reichsrathes würde es die Nothwendigkeit und Opportunität des Gesetzentwurfes zuerst zu prüfen, aber auch nach etwaiger Verneinung dieser Frage, in die Details desselben einzugehen gehabt haben. Allein Graf Barkoczy, der zuerst das Wort nahm, stellte den Antrag, daß die Plenar-Versammlung sich darüber entscheiden sollte, ob das Comité sich in die Frage des Details einzulassen, oder ob es die Aufgabe habe, die Allgemeinen Gründe gegen ein detaillirtes Eingehen zusammenzufassen und darüber an die Plenarversammlung Bericht zu erstatten. Der Redner behauptete bei Begründung dieses Antrages, daß der Ausgangspunkt des vorgelegten Entwurfes ein verfehlter sei, daß die ganze Sache vor die Landtage gehöre, mißthe die Sprachfrage ein, brachte sogar die Beschuldigung vor, daß man mittelst der Einführung des Grundbu-

ches in Ungarn Beamte habe versorgen wollen. Der Herr Justizminister wies in einem improvisirten Vortrage, der von seiner hohen Rednerbegabung zeugt, die Behauptungen des Verwendens siegreich zurück, bewies die Nothwendigkeit einer und der nämlichen Grundbuchseinrichtung für die Monarchie, und legte die erleuchteten Grundsätze der Regierung rücksichtlich der Sprachenfrage dar. Es hätte nun recht gut abgestimmt werden können, aber ein odentlicher Reichsrath spann die Debatte fort, und er und zwei andere odentliche Reichsräthe erklärten sich im Wesentlichen gegen die Rechtsgründe des Justizministers und für den Antrag Barokzy's. Zwar brachte der odentliche Reichsrath Baron Lichtenfels in einer vortrefflichen Rede die Sache wieder auf den richtigen Standpunkt, und bewies die Nothwendigkeit, die Grundbuchfrage zu den Gegenständen der allgemeinen Reichsgesetzgebung zu zählen, und die Verpflichtung des Comité's den Entwurf selbst dann, wenn es seine Nothwendigkeit nicht anzuerkennen vermöchte, im Detail zu prüfen. Allein die Majorität wurde dennoch nicht überzeugt, und indem man einen Mezzo termine zur Abstimmung brachte, die Frage nämlich, ob ein Comité gewählt werden solle, dem keine Instruktion zu geben wäre, wurde ein einstimmiger Beschluß erzielt, und dann sofort das Comité gewählt. Die Ansicht des Grafen Lam-Martini, daß aus Anlaß der Grundbuchordnung die Einheitsfrage und Sprachenfrage nicht hätte auf das Tapet gebracht werden sollen, kann man nur unbedingt unterzeichnen.

### Sitzung des verstärkten Reichsrathes vom 8. Juni.

[Auffentlicher Bericht.]  
[Fortsetzung]

Der Reichsrath Freiherr von Lichtenfels äußerte sich über den Gegenstand der Discussion mit den folgenden Worten:

„Wenn ein Comité für eine Angelegenheit berufen wird, so versteht es sich von selbst, daß es alle einschlägigen Fragen nach Bedürfnis in Erwägung zu ziehen hat.“

„Allein, ich glaube nur darauf aufmerksam machen zu müssen, daß, was auch immer die Meinung des Comité's über die Vorfrage sein möge, es sich niemals wird entschlagen können, in das Innere der Sache einzugehen und den Entwurf auch in seinen Details zu prüfen.“

„Die Vorfrage, die hier aufgeworfen worden ist, scheint mir die wichtigste und geht dahin: „Soll die ganze Angelegenheit den Landesvertretungen zugewiesen werden, oder ist sie ein Gegenstand der Verhandlung vor dem verstärkten Reichsrathe?““

Ich sage darauf:  
„Die Sache gehört nicht vor die Landesvertretung, sondern sie ist Gegenstand des verstärkten Reichsrathes, denn sie ist ein Gegenstand der allgemeinen Gesetzgebung.“

„Das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch stellt den Grundsatz auf, daß überall, wo öffentliche Bücher bestehen, der rechtmäßige Besitz und andere dingliche Rechte auf unbewegliche Sachen nur durch die odentliche Eintragung in diese öffentlichen Bücher erlangt werden.“

„Es stellt eben so gleichförmige Grundsätze für alle Kronländer, in welchen solche Bücher sich befinden, auf, wie dingliche Rechte erworben, übertragen und verloren werden. Es weist hinsichtlich der Einrichtung dieser Bücher auf die sogenannte Landtafel-, Stadt- oder Grundbuchordnungen hin, und diese bilden daher gewissermaßen einen integrirenden Theil und eine Ergänzung des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches.“

„So wie die bürgerliche Gesetzgebung selbst überall von gleicher Gültigkeit sein muß, so muß, wenn man den Nutzen der öffentlichen Bücher anerkennt, auch das betreffende Gesetz überall nach den gleichen Grundsätzen eingerichtet sein. Man kann sich auch leicht denken, was es für einen Erfolg haben würde, wenn Landtafeln und Grundbücher in den verschiedenen Provinzen überall anders eingerichtet sein würden. Wie möchte es dann mit dem Credit aussehn, wenn für jede Provinz die Einrichtung eine verschiedene wäre, und jeder Gläubiger sich die einzelnen Vorschriften besonders eigen machen müßte, und ehe er Geld herleiht, sich erst zu erkundigen gezwungen wäre, was für gesetzliche Bestimmungen an den betreffenden Orten gelten?“

„Wie sollte es dann mit einem gemeinschaftlichen Rechte vereinbar sein, wenn dieselben Streitigkeiten in den verschiedenen Provinzen nach anderen Grundsätzen, anders entschieden würden?“

„Wenn also das Grundbuchs-Institut seinen Nutzen gewähren soll, so muß es überall gleichmäßig beschaffen sein. Was würde aber daraus hervorgehen, wenn man die Angelegenheit, von welcher jetzt die Rede ist, den Landesvertretungen übertragen wollte?“

„Die Fragen, die hier vorkommen können, sind:  
„Sollen Grundbücher oder sollen andere Arten von öffentlichen Büchern bestehen? Wie sollen, wenn man Grundbücher und Landtafeln annimmt, diese beschaffen sein?““

„Nun haben wir eine Menge Provinzen, in welchen Landtafeln und Grundbücher bereits eingeführt sind. Nehmen wir an, es werde der Landesvertretung das Recht eingeräumt, für jede Provinz eine besondere Grundbuchs- und Landtafelordnung vorzuschreiben, wie wird es dann mit der Gleichheit und Einheit der Gesetzgebung aussehn?“

„Ich meine, wir werden noch an viel bedenklichere Punkte kommen, wo die Erhaltung der Einheit der Gesetzgebung zwar mit großen Schwierigkeiten verbunden

ist, aber gleichwohl fest im Auge behalten werden muß. Das Grundbuchs-Institut ist noch eines derjenigen, wo die Einheit am leichtesten hergestellt werden kann. Wenn man jede Provinz ermächtigt, ein eigenes Grundbuchs-Institut in Vorschlag zu bringen oder einen Antrag zu stellen, das Grundbuch abzuschaffen und etwas anderes einzuführen, so geben wir das erste Beispiel der Zersplitterung der jetzigen Gesetzgebung, und wohn in solcher Präcedenzfall führt, läßt sich leicht ermessen. Allerdings gibt es Kronländer, in welchen das Grundbuchs-Institut noch nicht besteht und wo vielleicht unübersteigliche Hindernisse obwalten, dasselbe einzuführen. Der Zweifel in dieser Richtung wurde vorzüglich in Bezug auf jene Kronländer angeführt, wo die unenbliche Theilbarkeit des Eigenthums besteht. Auch wo es sich um solche Ausnahmen handelt, muß darüber im verstärkten Reichsrathe entschieden werden. Es kann nicht den einzelnen Kronländern überlassen werden, sich eine eigene Gesetzgebung zu bilden, sondern der Reichsrath hat zu urtheilen, ob Gründe zur Ausnahme vorhanden sind oder nicht. Um jedoch nicht mißverstanden zu werden, muß man die Grundbuchordnung an sich von den Vorschriften über die Einführung des Grundbuchswesens in den einzelnen Provinzen, das ist von den Durchführungs-Verordnungen, unterscheiden. Diese können allerdings nicht gleichmäßig sein, denn der gegenwärtige Zustand der Kronländer ist ein sehr verschiedener. In manchen sind noch keine Vorarbeiten gepflogen worden; in manchen anderen sind Verhältnisse und bis jetzt bestehende Vorschriften maßgebend, von welchen erst zu dem neuen Zustande, den das Grundbuchswesen herbeiführen soll, übergegangen werden muß.“

„Diese speziellen Vorschriften müssen den einzelnen Landesverhältnissen angepaßt und besonders erlassen werden. Darum ist auch im Entwurfe des Grundbuchs-Patentes gesagt, daß der Zeitpunkt, wann überall die Grundbuchordnung einzuführen, und die Art, wie zu den Vorschriften derselben überzugehen sei, durch besondere Normen zu regeln sind.“

Durch diese besonderen Normen müssen auch die Schwierigkeiten gehoben werden, welche von einzelnen Stimmen hier geltend gemacht wurden. Die Frage, welche Herr Graf Barokzy aufgeworfen: „Wie die Einführung des Grundbuchs mit der Kommissionation zu vereinigen sei, die Sprachenfrage, dann die fernere, wie es mit dem Umfange der Landtafeln und Grundbücher zu halten sei“, alle diese und andere Fragen müssen auf dieselbe Weise entschieden werden. Dies ist nicht Gegenstand des vorliegenden Entwurfs, sondern der einer besonderen, für jedes Kronland speziell zu erlassenden Verordnung. Allein die definitive Einrichtung zur Erreichung des letzten Zweckes des Grundbuchs muß überall gleich sein, und daher muß, um nicht in Spaltungen und Zersplitterungen der Gesetzgebung zu gerathen, Einheit in der Berathung herrschen, denn „geistige“ Einheit in Beziehung auf die Reichsgesetzgebung gehört wesentlich zur wahren Einheit, und nicht bloß die materielle.“

„Um diese Einheit aber zu erlangen, muß der Gegenstand im Detail hier im verstärkten Reichsrathe verhandelt werden, und es wäre ein trauriges und schädliches Beispiel, wenn man in dem ersten Falle, in welchem diese Einheit hier zur Sprache kommt, sogleich davon abweisen und eine Zersplitterung in Aussicht stellen wollte. Allerdings könnte man glauben, daß die Vernehmung der Landesvertretungen aus einem anderen Gesichtspunkte vielleicht nützlich sein würde. Man könnte sagen, die Landesvertretungen geben ihr Gutachten ab, nicht um für jede Provinz ein eigenes Grundbuchs-Patent zu schaffen, sondern um ihre Äußerungen über alle Bestimmungen des Entwurfs entwickeln zu können, wonach dann der Reichsrath auf Grundlage der Vorlage der Ministerien alle diese Gutachten verschmelzen und ein gemeinsames Grundbuchs-Patent zu Stande bringen könnte. Die Erfahrung hat aber gelehrt, daß eine so vielfache Vernehmung von Behörden und Körperschaften in der Regel gar keinen anderen Erfolg hat, als daß die Angelegenheit verzögert wird und schließlich doch nicht zu Stande kommt.“

„Ich kann mich auf ein Beispiel berufen, das wir vor Kurzem erlebt haben. Es war vor einigen Jahren der Antrag gestellt worden, eine allgemeine provisorische Civil- Gerichtsordnung zu schaffen, weil die Ungleichmäßigkeit des Gerichtsverfahrens in den einzelnen Provinzen sehr viele Uebelstände und Nachtheile mit sich geführt hatte. Man hat zu diesem Ende für rätzlich gefunden, in den einzelnen Kronländern eigene Kommissionen aus Richtern und Advokaten zusammenzusetzen, welche nicht etwa eine ganz neue Prozeßordnung ausarbeiten, sondern darüber zu berathen hätten, wie die jetzt geltende provisorische Civil- Prozeßordnung für Ungarn und mit welchen Modifikationen sie allgemein eingeführt werden könnte.“

„Es wurden zu diesem Zwecke 19 solche Kommissionen aufgestellt; sie haben sich mit Eifer ihrem Geschäfte gewidmet. Die Folge davon war aber, daß nach Verlauf von zwei Jahren nicht einmal alle diese Kommissionen ihr Gutachten abgegeben haben, und daß von dem baldigen Erscheinen eines solchen Werkes durchaus keine Rede sein kann, weil die bloße Durchgehung, Sichtung, Ordnung, Prüfung und Entscheidung über alle diese speziellen Meinungen, die in solchen Operaten von 19 Kommissionen vorkommen, einen unendlichen Zeitaufwand in Anspruch nahmen.“

„Ich glaube, dasselbe würde der Fall sein, wenn man die Grundbuchordnung auch nur zur Abgabe einer begutachtenden Äußerung, statt sie in gemeinschaftliche Berathung zu nehmen, den einzelnen Landtagen zuweisen wollte, und bin daher der Ansicht, daß dieses nie anwendbar wäre.“

„Ich gehe aber noch weiter und berühre mit einigen Worten das Bedürfnis einer Grundbuchordnung, welches hier in Frage gestellt wurde.“

Ich kann hier geschichtlich bemerken, daß das Bedürfnis, besonders in jenen Kronländern, welche dieses Institut schon besitzen, kein neues, sondern ein seit vielen Jahren gefühltes und anerkanntes ist. Ich bitte nur Folgendes in Erwägung zu ziehen: Wir haben allerdings Landtafeln, die vollkommen gut eingerichtet sind und wenn alle öffentlichen Bücher diesen Landtafeln gleichen würden, so würden wir vielleicht noch eine Zeit lang uns damit befriedigen können.“

„Es ist gewiß, daß die Landtafeln in Böhmen, Mähren, Oesterreich, Steiermark, Kärnten und Krain sehr zweckmäßig eingerichtet sind und daß Tabular- Hypothekar-Institute auf Grundlage der dortigen Landtafelordnungen sich in einem wohlgeordneten Zustande befinden. Aber selbst rücksichtlich dieser Landtafel- Ordnungen besteht der Nachtheil, daß sie nicht gleichförmig sind und schon zum Zwecke der Gleichförmigkeit und Einheit ist es nötig, daß sie umgeändert werden. Wir haben aber auch Länder, in welchen die Landtafeln selbst sich noch nicht in diesem Zustande befinden. Ich weise nur hin auf die galizische Landtafel, ich weise hin auf jene in der Bukowina, in Görz, die alle dringend einer Verbesserung bedürfen.“

„Ich gehe über zu den Grundbüchern. Wir haben in Oesterreich sehr viele gute Grundbücher. Unsere hiesigen Provinzen sind mit vollständigen Grundbuchs- Patenten versehen. Oesterreich unter der Enns besitzt ein solches seit dem Jahre 1765, Oesterreich ob der Enns seit 1792; noch aus älterer Zeit Steiermark, Kärnten und Krain, aber nicht vollständig genug, um ihrem Zwecke gehörig zu entsprechen.“

Die Grundbuchsformularen sind äußerst verschieden. Viele von den Grundbüchern sind eben wegen nicht völliger Zulänglichkeit der Vorschriften mangelhaft und schon lange hat man daher die Nothwendigkeit gefühlt, zu anderen zu greifen. Ja, wir haben Provinzen, in welchen die Grundbücher über die bauerlichen Realitäten gar nicht nach einer bestimmten Vorschrift, sondern nur nach dem Usus geführt werden. So muß ich bemerken, daß in Böhmen und Mähren ein Grundbuchs-Patent für das flache Land gar nicht besteht, was zu dem Uebelstande geführt hat, daß z. B. gar kein Hauptbuch, sondern ein bloßes Instrumentenbuch existirt.“

„Diese Provinzen nun würden aus solchem Grunde ein neues Grundbuch bedürfen, ebenso Galizien, wo für das flache Land gar keine Grundbücher bestehen, und besonders jetzt, wo das Unterthans-Verhältnis aufgehört hat und das Bedürfnis des Galizischen Bauers, einen Realkredit zu finden, gewiß eben so dringend als in anderen Ländern gefühlt wird.“

„Ich könnte in dieser Beziehung die Sache noch weiter mit ähnlichen Beispielen verfolgen, allein ich glaube, das, was ich gesagt habe, genügt.“

„Diese Erfahrungen und die Gefahren dieser Zustände haben schon seit Jahren die Hofkommission in Justiz-Gesetzachen und den obersten Gerichtshof veranlaßt, Allerhöchsten Ortes die dringende Nothwendigkeit vorzuschlagen, gleichmäßige Vorschriften darüber zu erlassen.“

„Man ist zu solchem Ende auch nicht unthätig gewesen; die Hofkommission in Justizgesetzen hat schon im Jahre 1824 einen derartigen Entwurf Sr. Majestät vorgelegt. Zufällige Ereignisse haben die Erledigung verhindert. Es ist späterhin das Bedürfnis nach einem Grundbuchs-Patente vorzüglich in Salzburg hervorgetreten. Die Hofkommission hat einen eigenen Entwurf für Salzburg verfaßt, welcher, sobald er die Allerhöchste Genehmigung erhalten haben würde, als Prototyp für die Landtafeln und das Grundbuchswesen in den übrigen Provinzen hätte gelten können.“

„Der Entwurf ist vorgelegt worden, aber seine Erledigung hat sich mißlicher Weise verzögert, bis das Jahr 1848 dazwischen kam. Man hat indessen fortwährend das Bedürfnis nach einem solchen Gesetze gefühlt, und die Sache wurde daher von dem Justizministerium nochmals in die Hände genommen. Dasselbe hat einen neuen Entwurf verfaßt und der reichsrätlichen Berathung unter seinen eigenen Mitgliedern sowohl als mit Zuziehung von Räten des obersten Gerichtshofes unterzogen. Mit Zustimmung aller Ministerien wurde derselbe ausgearbeitet und dieser Entwurf dem Reichsrathe mitgetheilt. Letzter hat sehr ausführliche Berathungen darüber gepflogen und die Resultate, welche aus dem reichsrätlichen Comité hervorgingen, dem Justizministerium mitgetheilt.“

„Diese Resultate enthalten zwar keine zahlreichen, aber immerhin einige bedeutende Modifikationen. Das Ministerium der Justiz ist, um in dieser Angelegenheit zu einem Schlusse zu kommen, bereitwillig den Anträgen des Reichsrathes beigetreten, mit Ausnahme von einigen Punkten von geringer Erheblichkeit, und in Folge dessen ist daraus der Entwurf hervorgegangen, welcher den Gegenstand der gegenwärtigen Berathung bildet.“

„Ich erlaube mir nun die Frage aufzuwerfen, ob nach allen diesen Prämissen das Bedürfnis wird in Zweifel gezogen werden können, und ob, wenn wirklich die Majorität des Comité's dasselbe leugnen sollte, man doch wird vermeiden können, in das Innere des Entwurfs einzugehen, da man nicht wissen kann, wie Sr. Majestät der Kaiser die Sache anzusehen geruhen dürfte. Der ständige Reichsrath hat stets dem Grundsätze gehuldigt, in den Fällen, in denen Vorfragen sich ergaben, welche ganze Gesetzentwürfe in Zweifel stellten, demungeachtet in das Ganze der Sache einzugehen, um Sr. Majestät nicht mit derselben Angelegenheit zweimal zu behelligen, damit, wenn Sr. Majestät auch im entgegengelegten Sinne entscheidet, Allerhöchst dieselben doch das Material vor sich hätten, um leichter einen Entschluß fassen zu können.“

„Ich bitte noch das besondere Verhältnis rücksichtlich dieses Entwurfs in's Auge zu fassen. Die

reichsrätlichen Berathungen haben sich etwas verzögert; wäre dies nicht geschehen, so würden Sr. Majestät wahrscheinlich über den Entwurf selbstständig bereits entschieden haben; die Berathungen verzögerten sich aber bis zum gegenwärtigen Augenblick.“

„Sr. Majestät haben sich nun (wie ich glaube, mit Rücksicht auf die Zuficherung, keinen Gegenstand von Wichtigkeit in der Gesetzgebung mehr zu erledigen, ohne den verstärkten Reichsrath zu fragen) allergnädigst bewogen gefunden, den Entwurf mit dem Auftrage hieher zu leiten, das Gutachten darüber zu erstatten.“

„Ich erlaube mir daher die Frage aufzuwerfen, wenn Sr. Majestät diese Zuficherung in solcher Gewissenhaftigkeit beobachtet haben, ob dann der verstärkte Reichsrath wohl diesen Gegenstand mit einem Antrage auf die bloßen Vorfragen Sr. Majestät vorzulegen sich in der Lage finden werde, und ob es nicht nötig sein dürfte, daß in jedem Falle (man mag über die Vorfragen denken, wie man will) der Entwurf auch in seinem Innern geprüft werden müsse?“

„Es ist auch von einem der Herren Vorredner mit einigen Worten angeregt worden, daß die Frage eine so wichtige sei, daß man vorzüglich auch die Gesetzgebungen des Auslandes berücksichtigen müsse.“

„Ob und in wie ferne das hinreichend geschehen sei, kann nur das Comité beurtheilen; dazu ist eine paragraphenweise Discussion des Gegenstandes nothwendig. Daß jedoch das Justizministerium bei der Berathung des vorliegenden Entwurfs die auswärtigen Gesetzgebungen sehr wohl gekannt und berücksichtigt hat, beweisen die häufigen Citate, welche aus fremden Gesetzen in die Motive aufgenommen wurden. Für Oesterreich ist es keineswegs nothwendig, sich in Beziehung der Gesetzgebung hinsichtlich der öffentlichen Bücher hinter die auswärtigen Staaten zu setzen, ohne daß ich übrigens das Gewicht der ausländischen Gesetze bei der Redaktion der inländischen in Abrede stellen will.“

„Oesterreich hat in Beziehung auf die öffentlichen Bücher unter vielen Staaten die ältesten, ausgebreitetsten und mannigfaltigsten Erfahrungen. Die böhmische, mährische und die schlesische Landtafel bestehen schon seit Jahrhunderten. Die böhmische und mährische gehen bis in den Anfang des 14. Jahrhunderts, die schlesische bis in das 15. Jahrhundert zurück. Alt sind eben so unsere Gesetzgebungen der hiesigen Länder. Schon im sechszehnten Jahrhunderte hat in Oesterreich das Weisbotenamt existirt, welches später in die Landtafel übergegangen ist, und haben für das flache Land Grundbücher bestanden. Eben so sind weit früher als in andern Staaten in den hiesigen Ländern Landtafel- und Grundbuchs-Patente erlassen worden.“

„Schon im Jahre 1652 hat die böhmische Landtafel eine vollständige Instruction besessen und war bei ihrem Verfahren an die Entscheidungen eines förmlichen Gerichtes gewiesen. Und die Grundsätze der Publicität, Legalität und Specialität waren nicht bloß dort, sondern schon überall in verschiedenen Provinzen in Kraft.“

„Wenn man sagt: Preußen sei der erste Staat gewesen, der im Jahre 1783 ein vollständiges Landtafelgesetz erlassen hat, so ist das nach meiner Uebersetzung nicht richtig. Unsere Landtafel-Patente sind viel älter. Die österreichische Landtafel gründet sich in ihrem gegenwärtigen Bestande schon auf das Patent vom Jahre 1758; die übrigen Landtafel-Patente rühren von den Jahren 1730, 1745, 1750, 1765 und 1772 her und alle sind in der Wesenheit auf die nämlichen Grundsätze gebaut.“

„Oesterreich hat auch insofern die größten Erfahrungen, als seine Landtafel-Institute die ausgebreitetsten sind. Die Eingaben, welche sich auf Landtafel- und Grundbuchs-Angelegenheiten beziehen, betragen in Oesterreich zwischen 5- bis 600.000. Ich glaube auf Grund solcher Erfahrungen ist man schon im Stande, etwas Eigenes zu schaffen, und braucht eben nicht sonderlich darauf bedacht zu sein, auswärtige Institutionen bloß ängstlich nachzuahmen.“

„Das Justizministerium und auch das Comité des ständigen Reichsrathes haben daher für besser gehalten, von den bestehenden Vorschriften auszugehen und dabei zu verbessern, was die Erfahrung als verbesserungsbedürftig bezeichnete. Ob und in wie weit sie hiebei zweckmäßig verfahren sind, kann nur durch eine von Seite des Comité's vorzunehmende Detailprüfung beurtheilt werden.“

„Durch das so eben von mir Gesagte glaube ich die Ansicht gerechtfertigt zu haben, daß ein Comité bestellt werden müsse, daß es sich weit weniger mit den Vorfragen, die aufgeworfen wurden, zu befassen haben wird, daß es aber jedenfalls, obgleich es ihm freisteht, die Vorfragen gleichfalls in Erörterung zu ziehen, sich nie und keinesfalls der Nothwendigkeit wird entschlagen können, den Entwurf auch in seinem Innern zu prüfen.“

(Fortsetzung folgt.)

### Oesterreichische Monarchie.

Wien, 15. Juni. Sr. Maj. der Kaiser war gestern früh 8 Uhr von Laxenburg nach Wien angekommen und hat in der k. k. Hofburg zahlreiche Audienzen ertheilt.

Nach Berichten aus Tschil werden daselbst im Spätsommer auf einige Zeit erwartet: Ihre Majestät die Kaiserin-Witwe Karolina Augusta, Ihre Hoch. der Hr. Erzherzog Franz Karl und die Frau Erzherzogin Sophie, die Herren Erzherzoge Karl Ludwig, Ludwig Viktor, Ludwig, Joseph und Maximilian v. Este. Zur Gamsen-Jagdzeit dürfte auch Sr. Maj. der Kaiser Tschil besuchen.

Ihre Maj. die Kaiserin Karolina Augusta hat den Rothleidenden in Pilsch (Bezirk. Pottau) den Betrag von 200 fl. zu spenden geruht.

Se. kais. Hoheit Erzherzog Albrecht inspicirt gegenwärtig das kaiserliche Gesüt zu Kladrub, wohnin Se. Excellenz der Oberstaatsminister Graf Grünne sich ebenfalls begeben hat.

Der k. k. Gesandte am großherzoglichen baden'schen Hofe, Graf Trautmannsdorf, ist vorgestern nach Karlsruhe abgereist.

In der vorgestrigen Sitzung des Grundbuch-Komite's soll, wie der „Wanderer“ berichtet, Graf Barcozy seinen Antrag, diese ganze Vorlage ohne Erörterung der Details an die Landesvertretungen zu weisen, daher in diesem Sinne alsogleich einen Bericht an den Reichsrath abzuschicken, erneuert haben. Die Beratungen hierüber dauerten vier volle Stunden. Baron Salvotti unterstützte den Antrag gegen Baron Eichtenfels, der die paragraphenweise Erörterung in Schutz nahm. Die Diskussion zwischen den beiden genannten Herren soll sehr lebhaft gewesen sein. Der anwesende Herr Justizminister verteidigte gleichfalls die Detailberatungen, und nachdem diesem auch die Herren Straßer, Polaschki und Hein sich angeschlossen, wurde die Erörterung der einzelnen Bestimmungen beschlossen. Hieraus erklärte Graf Barcozy, daß er an diesen Beratungen, welche die Kompetenz der Landesvertretungen präjudicieren, nicht theilnehmen könne, und aufhöre, Mitglied des Komite's zu sein, worüber er dem Herrn Erzherzog-Präsidenten die Anzeige machen werde.

Dem Vernehmen nach wird dem verstärkten Reichsrath ein Gesetzentwurf zur Modification der Wuchergesetzgebung vom Ministerium vorgelegt werden. Die „Desterr. Ztg.“ meldet: Die aus den öffentlichen Blättern bekannt gewordenen Beschlüsse der Ministerialcommission zur Beratung über die Ergebnisse der a. h. angeordneten Brantweinsteuer-Enquete wodurch der Staatsverwaltung das Abgeben von der bisherigen „Maßraum-Besteuerung“ und die Einführung einer „Product-Besteuerung“ mit Anwendung eines geeigneten Controlsapparates empfohlen wurde, scheinen in den Kreisen der betreffenden Industriellen und Grundbesitzer ein Gefühl der Unsicherheit erweckt zu haben, wie bald eine solche Aenderung der bisherigen Besteuerungsart in's Leben treten, und in wiefern dieselbe etwa schleunigen Vorkehrungen oder Umstellungen in der Einrichtung und dem Betriebe der Brennereien nothwendig machen werde. In dem Falle, als nach dem Abschluß der noch anhängenden Verhandlung die Anträge jener Beratungscommission die a. h. Genehmigung erhalten sollten, ist vorauszusetzen, daß die Wirksamkeit der gedachten Productbesteuerung vor November 1861 unmöglich beginnen könnte, weil die Anschaffung und Herstellung der nöthigen Anzahl von mehreren tausend cimentirten Controlsapparaten und die sonstigen Vorbereitungen bei aller Beschleunigung einen sehr bedeutenden Zeitaufwand in Anspruch nehmen würden. Wir glauben also mit Beruhigung die Versicherung geben zu können, daß im laufenden Jahre an eine Aenderung der bisherigen Verhältnisse nicht zu denken sei.

Die „Kass. Ztg.“ vom 13. d. bringt einen Artikel, der die Anschauungen und Absichten der Regierung in Bezug auf die Verfassungsfrage wie folgt, angibt: „Die Regierung wird nun die Garantie der Verfassung bei der Bundesversammlung nachsuchen, sobald jene in Kraft und Wirksamkeit getreten sein wird, also mit dem 1. Juli. Wenn sie schon dieser Garantie an und für sich nicht bedarf, so gehört doch die Ertheilung derselben, da solche in den Bundesverhandlungen zur Sprache gekommen, auch bereits eventuell zugesichert ist, zum vollständigen Abschluß der Sache. Die Regierung wird daher, unbeirrt durch die oppositionelle Presse, durch Verwahrungen und ähnliche Kundgebungen ihren Weg ruhig weiter gehen. Die Widersacher, obwohl sie die formelle Stütze des neuen Verfassungsgesetzes ausdrücklich zugesprochen, fahren fort, sich in ihren Machtprüfungen gegen die Kompetenz der Bundesbeschlüsse zu gefallen. Sie bedenken nicht, daß es sich in diesem Falle nicht um den Artikel 56 der Bundesacte (Gewährleistung der in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen), sondern um die Artikel 27 und 61 derselben handle, welche bei stattgefundener Dazwischenkunft der Bundesbeschlüsse dem Bunde allerdings eine weiter gehende Einwirkung in die Verfassungs-Angelegenheit gestattete. Aber dem sei, wie ihm wolle: wir wiederholen, daß die Bundesversammlung allein berufen sein kann, bei Anwendung der Bundesgesetze die Grenzen ihrer Kompetenz zu bestimmen.“

Die Nachricht der „Weser Zeitung“, der Graf v. Borries werde sein Portefeuille niederlegen und v. Münchhausen ein neues Ministerium bilden, ist nach der „Ztg. f. Nordd.“ ungegründet. Es hieß, die beiden Märzminister v. Münchhausen und Graf Bennigsen (nicht zu verwechseln mit dem Führer der jetzigen Opposition v. Bennigsen) seien seit der Grundsteinlegung für das Ernst-August-Denkmal wieder zu Gnaden angenommen und hätten mit Sr. Maj. dem Könige eine Unterredung gehabt, denselben sei jedoch am Tage der Grundsteinlegung durch den Oberhofmarschall v. Malortie bloß die schriftliche Mitteilung geworden, daß höchsten Orts beschlossen sei, die Einleitung zu den Hofgeschäften ihnen wieder zugeben zu lassen, was bekanntlich seit einigen Jahren unterblieben ist. Keiner der beiden Herren aber sei bis jetzt in persönliche Beziehung zu Sr. Majestät dem Könige gekommen.

Die braunschweigischen Stände bereiten einen Beschluß vor, welcher den in Aussicht stehenden Anfall der Braunschweiger Lande an Hannover zum Gegenstande haben soll.

Die in Hannover unlängst mit

in einer inländischen Fabrik gefertigten Kanonen angefertigten Veruche sind der „Z.“ zufolge völlig mißglückt. Die Rohre platzten sämtlich der Reihe nach bei den ersten Schüssen.

**Frankreich.**

Paris, 12. Juni. Nachdem der König von Savoyen gestern das Votum seines Parlaments bestätigt hat, proclamiert heute der Moniteur bereits amtlich die Vermählung Savoyens und Nizza's mit Frankreich, und Herr Thouvenel hält bei dieser Gelegenheit eine kleine erbauliche Rede, die als „Bericht an den Kaiser“ dem Actenstücke vorausgeht. Die offizielle Besitzergreifung der neu erworbenen Gebiete findet übermorgen Statt und soll nicht bloß dort, sondern auch hier mit großen Volkstheuerlichkeiten in „freiwilligem und einmüthigem Aufschwung“ festlich begangen werden. — Man versichert, daß aus Anlaß des Einverleibungs-Festes von Savoyen und Nizza zahlreiche Gnadenverleihungen und Straferlasse Statt finden sollen. Auch der Proceß gegen Prevost Paradol soll niedergeschlagen werden. — Die Reise des Kaisers nach Baden-Baden bildet fortwährend den Hauptgegenstand des politischen Gesprächs. Ein Diplomat sagte heute, „diese Reise sei das bedeutendste Ereigniß der Regierung Napoleons.“ — Der Kaiser soll im Laufe dieser Woche die Gräfte von St. Denis besuchen. — Man will wissen, daß die diesmalige Liste der Einladungen nach Fontainebleau eine gewisse Wichtigkeit habe. Es soll kein bloßer Zufall sein, daß Lord Cowley, Graf Kisselev, Graf Pourtalès und Ritter v. Nizza zu gleicher Zeit nach Fontainebleau eingeladen worden sind. — Der Zustand des Prinzen Jerome ist, wie der „Moniteur“ sagt, befriedigender. Die neuen Zufälle haben keine schweren Folgen befürchten lassen. Die Nacht ist gut gewesen. — Durch kaiserliche Decrete vom 9. Juni sind Graf Morny zum Präsidenten, die Herren Schneider und Reveil zu Vice-Präsidenten und die Herren Hebert und Perron zu Quästoren des gesetzgebenden Körpers ernannt worden. — Der Admiral Parfaud Deschènes ist vorgestern gestorben. — Die gepanzerte Fregatte „Normandie“ wird diese Woche ihre Masten einziehen. Born und hinten trägt sie eine scharfe Stahlplatte, womit sie ein Schiff entzwei rennen kann.

„Pays“ und „Patrie“ melden übereinstimmend, daß heute der Senat die Einverleibung von Nizza und Savoyen in Frankreich gutgeheiß hat, und bis zur völligen Einführung der französischen Gesetzgebung in den neu erworbenen Landestheilen, bis zum 1. Januar 1861, ein vorübergehendes Regime dort Platz greifen werde. Denselben Blättern zufolge wurde heute im Staatsrath der Gesetzentwurf beraten, nach welchem Savoyen in zwei Departements (Ober-Savoyen mit Annecy und Unter-Savoyen mit Chambéry als Departemental-Hauptstadt) getheilt, Nizza aber ein Departement der See-Alpen für sich bilden soll. Der Bezirk Grasse wird danach von dem Departement Var getrennt und dem See-Alpen-Departement zugeheilt. Der Appellhof von Chambéry wird beibehalten, derjenige von Nizza aber wird nur eine Kammer des Appellhofes von Aix bilden. Pays meldet noch besonders, daß die neuen Landestheile drei Bischofsstühle, in Annecy, Chambéry und Nizza, haben werden. In militärischer Beziehung wird nach der Patrie in Grenoble eine neue (die 22.) Armee-Division errichtet und derselben die Sub-Division von Annecy und die von Chambéry zugeheilt werden. Die Sub-Division von Nizza wird derjenigen des Var-Departements zugeheilt.

**Belgien.**

Das Haus der belgischen Abgeordneten hat am 19. die Artikel-Berathung des Detroi-Gesetzes begonnen. Der erste Artikel, der folgenmaßen lautet: „Die unter dem Namen Detroi bekannten indirecten Gemeindesteuern sind abgeschafft. Dieselben können nicht wieder eingeführt werden.“ ist mit 100 Stimmen, d. h. einmüthig, genehmigt worden. Alsdann schritt die Kammer zur Berathung des Artikels, mit welchem die Vorschläge beginnen, den durch Abschaffung des Detroi für die Gemeinden erwachsenden Ausfall zu ersetzen. Die Artikel 6, 7 und 8 (Erhöhung der Accise auf Brantwein, Essige u. s. w.) wurden alsdann ohne erhebliche Debatten genehmigt; dagegen entstand eine sehr heftige Debatte über den Artikel 9, die Erhöhung der Bier-Accise betreffend, welche Herr de Naeyer von 4 auf 3 Fr. herabgesetzt wissen will. Bekanntes Mitglied sprach zu Gunsten des Hopfen-trankes. Die Discussion über diesen allerdings nicht unwichtigen Punkt ist vertagt worden.

**Serbien.**

Aus Belgrad, 9. Juni, schreibt die „Zem. Z.“ Fürst Milosch bestand darauf, ins Bad nach Banja Alexina gebracht zu werden, und wurde von Kopschider zur Save getragen, wo ein österreichischer Dampfer ihn aufnahm und nach Dubroviza bringt. Von da geht die Weiterreise zu Land; da große Schwäche dem Fürsten weder zu stehen, noch zu sitzen erlaubt, so wurde ein Wagen gebaut, in welchem er liegend die Reise nach Alexina macht. Der Senatspräsident Stevca geht mit einem fürstlichen Adjutanten nach Ribbin, um dort den Großvezir im Namen des Fürsten zu begrüßen. Ein Belgrader Corr. der „M.Z.“ berichtet ebenfalls die bevorstehende Badereise, verweist jedoch Alles was über den traurigen Gesundheitszustand des Fürsten geschrieben wird in das Reich der Fabel. Der beinahe schon todt gefagte alte Fürst, schreibt derselbe, fährt und geht in seinem Garten spazieren, empfängt nicht allein seine Minister und vortragenden Beamten, ertheilt ihnen mit seltener Energie Befehle, sondern nimmt auch die Besuche der fremden Repräsentanten an, die durch eine sehr verzwickte Täuschung, schon vor Monaten von ihren Regierungen Verhaltungsbefehle für den Augenblick, wo er mit dem Tode

stande dürfte es auch zuzuschreiben sein, daß die Vforte sich schon vor einigen Monaten entschloß, den Sohn des alten Milosch — den Fürsten Michael — zum Thronfolger zu ernennen, weil man hier allgemein befürchtete und sicher auch in diesem Sinne berichtete, daß blutige Parteikämpfe zu bestehen sein würden, wenn Fürst Milosch unerwartet sterben sollte, ohne daß die Thronfolge vorher gesichert worden wäre. Wer den alten Herrscher in diesen Tagen gesehen und namentlich mit ihm gesprochen, kann es kaum glauben, daß er mindestens in der Mitte der Achtziger ist und daß er nicht allein eine, sondern mehrere Krankheiten soeben überstanden hat, die selbst einen jüngeren Mann schon längst ins Grab gebracht haben würden.

**Rußland.**

Mittelt Rescripts des Fürsten Statthalters vom 23. v. M. ist dem landwirthschaftlichen Verein des Königreichs die Anzeige gemacht worden, daß, da derselbe in seiner Thätigkeit die ihm vorgeschriebenen Grenzen überschritten, der Kaiser, dem die Sache vorgestellt worden sei, den Befehl ertheilt habe, jede Bildung von Unter-Abtheilungen, Kreis-Delegationen und Comitès zu verbieten und gemeinsame Verhandlungen der Vereinsmitglieder nur auf den allgemeinen Versammlungen zu gestatten. Ausnahmsweise könne wohl ein Comitè gebildet werden, doch dürfe dasselbe höchstens aus drei Personen bestehen. Ein Paragraph des Rescripts bestimmt, daß Belohnungen, welche der Verein aus seinen Fonds bewilligt, insofern dieselben nicht von der allgemeinen Versammlung zurkannt werden, ausschließlich durch die Verwaltungsbehörden, d. h. durch die Gouverneure, zu vertheilen seien. Endlich sind alle Kreis-Ausstellungen, Pflügeproben und alle Preisbewerbungen verboten.

**Turkei.**

Berichte aus Constantinopel vom 6. d. sprechen von einer Petition der Einwohner Bulgariens mit 4000 Unterschriften, nach welcher neunzehn junge griechische Mädchen innerhalb drei Monaten für die türkischen Harems geraubt und abzuführen gezwungen worden seien. Ihre Eltern, welche dagegen reclamirten, sollen massacrirt worden sein. Der Großvezir Kyprißi-Pascha hat fünfzig Beamten mit sich genommen, um bei der Untersuchung über die Lage der Christen hülfsreiche Hand zu leisten. Man versichert, daß eine ähnliche Mission nach Asien geschickt werden wird. Sir H. Bulwer hat eine feste Sprache geführt und die Unterdrückung der Mißbräuche zur Bedingung der englischen Unterstützung gemacht. Der Sultan hörte den englischen Diplomaten mit Wohlwollen an, und das Journal de Constantinopel meldet, Se. Majestät habe dem ehrenwerthen Baronet sein Portrait übersendet.

**Zur Tagesgeschichte.**

Das Modell zu einem Monumente, welches dem Prinzen Eugen von Savoyen auf dem äußern Burgplatze gegenüber dem Monumente des Erzherzogs Karl errichtet werden soll, befindet sich soeben im Atelier des Herrn Fernon in Arbeit.

Mittwoch den 6. Juni Nachmittags gerieth ein Arbeiter in der Maschinen-Fabrik des Herrn Schmidt in Simmering durch eigene Unvorsichtigkeit so nahe an ein Kamrad, daß ihn dasselbe erfaßte und mit Allgewalt in die Maschine hineinzog. Ein Schrei des Entsetzens entfuhr sämtlichen Arbeitern, die allso gleich zur Maschine sprangen, um dem gefährdeten Mitarbeiter zu helfen. Im selben Augenblick aber, als schon ein Theil der Brust des Unglücklichen in das Getriebe hineingezogen war, riß der Riemen des Schwungrades und der Mann war gerettet. Er fiel aber in Folge der außerordentlichen Angst bewußlos zusammen und dankte später dem Himmel feind für seine wunderbare Errettung, indem er nur einige Duschungen und Hautabschürfungen davontrug, im Uebrigen aber arbeitsfähig blieb.

Wie die „N.“ berichten, soll auf der Wiener-Haupt-mauth dieser Tage ein großartiges Kassadefest entbald werden. Ein Beamte der Nordbahn, welchem zur Einfästrung der Gracht-Pfeisen ein Local im Hauptbahnhofsgebäude eingeräumt ist, soll an 20,000 fl. veruntreut haben.

betreffenden Kassabeamten, 8—10 an der Zahl, auch bereits in gerichtliche Untersuchung gezogen worden sein.

In Königgrätz sollen dieser Tage Knaben, nach Amiens-eiern laufend, in den Festungsgräben von Josephstadt verdeckt, alte Banknoten, insbesondere Reichsgeldscheine im Betrage von 20 bis 30,000 fl. vorgefunden haben.

Das Linien-Schiff „Kaiser“ ist nach einer Mitteilung der „Z.“ bereits mit seinen 91 Geschützen armirt und wird hier seine vollständige Bemannung erhalten. Der Stab besteht aus 14 Offizieren, ohne die Ärzte, Rechnungsführer und Kaplane zu zählen. Die Equipage wird sich auf circa 950 Mann belaufen, darunter eine Abtheilung Marine-Artillerie und Marine-Infanterie. Die Geschwindigkeit des Schiffes mit Maschinenkraft allein, ohne Beihilfe der Segel bei günstigem Winde, ist 13 Seemeilen per Stunde.

Gelegentlich der Eröffnung der Eisenbahn nach Cydnahen ist es offenbar geworden, daß auch Preußen unlängst annectirt hat, und zwar auf Kosten Rußlands. Um nicht all-große Aufregung hervorzuurufen, wollen wir die Thatsache in ihrem ganzen Umfange zur öffentlichen Kenntniß bringen. Bereits des Bräudenbaues über das Grenzflüßchen, der Preußischerseits ausgeführt wird, hat die Russische Regierung der Preussischen einige Morgen Landes jenseits des Flusses abgetreten. Zur Verhütung wollen wir auch noch hinzufügen, daß wie die „M.Z.“ meldet, die Preussische Regierung das ihr abgetretene Land mit einem Bretterzaun umgeben hat, um Zeugniß abzulegen, daß sie an weitere Annectirungen nicht denkt.

Am 5. d., dem Geburtstage des verstorbenen Königs Ernst August von Hannover, wurde der Grundstein zu dem Denkmal, das demselben in der Stadt Hannover auf dem großen Platze vor dem Bahnhofe gesetzt werden soll, in feierlicher Weise in Gegenwart der gesammten königlichen Familie vorgenommen.

In Bostn ist die Nachricht eingetroffen, es sei bei Trinity Bay ein etwa 50 Meilen langes Stück des atlantischen Telegraphen-Kabels aufgefischt worden.

**Local- und Provinzial-Nachrichten.**

Krautau, 15. Juni. Unter den jüngsten Erscheinungen der polnischen Kirchen-literatur nimmt ein (in Warschau gedruckt) Werk des hiesigen ausgezeichneten katholischen Kanzelredners und Schriftstellers, P. Balz. Serwatowski, durch seinen auch für weltliche Leser heilsamen und anziehenden Inhalt den ersten Rang ein. Dem Fassungsvermögen des Bandvolles angepaßt, für das sie eigentlich geschrieben sind, umfassen und bezeichnen seine „Naoki parafialno i dogmatyczne dla ludu wiejskiego“ in besondere kurzen Predigten auf alle Sonn- und Feiertage des Jahres die tiefsten und wichtigsten Fragen des Glaubens, so wie sämtliche dem wahren Christen obliegende Pflichten, Bedeutung der Sacramente und Dogmatische der Religion, deren ruhige klare Erläuterung, von den

Worten des zutreffenden Evangeliums ausgehend und in sich ein Ganzes bildend, oft mit hinreißender Berechnung, stets mit überlegender Kraft des Vortrage dem Hörer und Leser in Herz und Gedächtniß dringt. Bei stricter Argumentation und gediegener präciser Darlegung hat der gelehrte Verfasser jeden unnötigen Wortschwall, jede rhetorische Geschwulst und Aufwies von Gelehrsamkeit vermieden. Von einer selbst dem ungebildeten Laien leicht faßlichen theoretischen Anlage geht dieser in stets würdiger Sprache gehaltene Unterricht jedesmal zur praktischen Anwendung über, in deren Erörterung wie Blumen auf saftiger Wiese reichhaltig Parabeln und Beispiele, dem gewöhnlichen Leben, der den Landmann umgebenden Natur und den ihn wie den Menschen überhaupt am nächsten berührenden Ereignissen entnommen, ausgebreitet sind.

**Handels- und Börsen-Nachrichten.**

Die Zahlungsanweisungen (Cheques), welche an die Triester Commerzialbank von den bei ihr in laufender Rechnung stehenden Privatien ausgestellt werden, sind in Folge a. h. Entschlieung vorläufig mit einer fixen Stempelgebühr von 6 Kreuzern belegt worden, welche von der Commerzialbank monatlich nachzuweisen und zu entrichten ist.

Das Loos, welches den Haupttreffer von 70,000 fl. der am 12. Mai zur Ziehung gelangten Staatslotterie gewann, wurde aus der Wiener Wechselstube von Ott und Wiffong nach Preßburg geschickt. Das Stubenmädchen eines herrschaftlichen Hauses daselbst war die Glückliche, welche den Betrag bereits vor einigen Tagen in Wien eincaßirt hat.

In der Bankfugung vom 14. d. wurde die halbjährige Dividende für das laufende Jahr 1860 mit 28 fl. fixirt.

Die Verbindung zwischen Berlin und Paris wird abermals abgeändert, da der Courierzug von Berlin nach Köln eine Beschnürung erhält, und der Berliner Zug in Zukunft Paris in 23 Stunden 50 Minuten erreichen wird.

London, 13. Juni. Schluss-Concours 93 1/2. — Lombardprämie 1/2. — Silber 61 1/2.

Krautau, 15. Juni. Gestern wurde wenig Getreide aus dem Königreich Polen auf der Gränze angefahren und hielt sich die Preise unverändert wie am Montag. Die geringen angefahrenen Quantitäten fanden schnell Käufer. Der Mutterweizen stieg sogar um 15 — 21 gr. am Krog. Im Allgemeinen war jedoch wenig Getreide zum Verkauf ausgefischt und dieser schwache Verkehr wird, wie es scheint, unverändert sich erhalten bis zum neuen Getreide. Die geringen Vorräthe im Königreich erschöpfen sich immer mehr durch Ausfuhr mittels der Wechsel ins Ausland und der hiesige Marktstand hat keinen Einfluß auf die dortigen Preise. Auf dem Krautauer Marke war heute der Verkehr sehr beschränkt und nur aus Galizien wurde etwas angefahren. Transit nichts verkauft und die Verkäufe loco haben keine Bedeutung für den Markt, weil nur kleine Partien Getreide angekauft wurden. — Auf dem heutigen Marke stellten sich die Durchschnittspreise folgender Waaren: Für den niederrösterreichischen Mezen Weizen 5 fl. 35 kr. — Roggen 3 fl. 42 kr. — Gerste 2 fl. 70 kr. — Hafer 1 fl. 70 kr. — Kartoffeln 1 fl. 12 kr. — für den Centner Heu 90 kr. — Strohh 66 kr. öfter. Maß.

Krautauer Cours am 14. Juni. Silber-Rubel 1/2 fl. poln. 106 verl. fl. poln. 105 gez. — Poln. Banknoten für 100 fl. öfter. Währung fl. poln. 350 verlang. 344 bezahlt. — Preuß. Courant für 100 fl. öfter. Maß. 77 1/2 verlang. 76 1/2 bezahlt. — Neues Silber für 100 fl. öfter. Maß. fl. 131 1/2 verlang. 130 bezahlt. — Russische Imperials fl. 10.60 verl., 10.44 bezahlt. — Napoleon's 10.45 verlang., 10.31 bezahlt. — Vollwichtige holländische Dukaten fl. 6. verl., 5.92 — bezahlt. — Vollwichtige öfter. Rand-Dukaten fl. 6.10 verl., 6. bezahlt. — Poln. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. fl. v. 101 1/2 verl., 101 gez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coupons fl. öfter. Währung 87 verlang., 86 1/2 gez. — Grundentlastungs-Obligationen öfter. Währung 72 1/2 verlang., 72 1/2 bezahlt. — National-Anleihe vom Jahre 1854 fl. öfter. Währung 79.50 verl., 78.50 gez. — Aktien der Carl-Ludwigbahn fl. öfter. Maß. 133 verl., 131 gez.

Verzeichniß der bei der L. Lotterieziehung in Lemberg am 13. Juni 1860 gehobenen fünf Zahlen: 58, 20, 5, 72, 41. Die nächsten Ziehungen werden am 23. Juni und 4. Juli 1860 gehalten werden.

**Neueste Nachrichten.**

Hannover, 14. Juni. Die ordentliche Diät der Ständeversammlung ist gestern durch ein königliches Schreiben geschlossen worden.

Paris, 15. Juni. Nachdem die Einverleibung Savoyens und Nizza's nunmehr veröffentlicht ist, hat der Kaiser dem Minister des Aeußern, Hr. Thouvenel, zum Beweise seiner Zufriedenheit das große Band der Ehrenlegion verliehen.

Marseille, 13. Juni. (Ind). Das „Portafoglio maltese“ sagt, daß mehrere englische Kriegsschiffe nach Neapel abgegangen sind.

Turin, 14. Juni. Der Abgeordnete Ricci hat der Kammer seinen Bericht über die Errichtung eines Handelsministeriums vorgelegt.

Turin, 12. Juni. Graf Stacelberg hat einen 3monatlichen Urlaub erhalten. (Anlaß ist der am 7. erfolgte Tod seiner jungen Gemalin.)

Mailand, 14. Juni. Der heutigen „Perseveranza“ zufolge war die Einschiffung der Truppen in Palermo am 11ten noch nicht vollendet, die Stadt noch voll Barrikaden.

Genua, 13. Juni. In Neapel sind 10,000 von den in Palermo eingeschiffen Soldaten angekommen. Der Rest wird nach Messina und Syrakus verlegt. Mehrere hiesige Bankiers wurden wegen Zustandebringung eines Garibaldi'schen Anlehens angegangen, gaben jedoch ausweichende Antworten; man hofft bei den Mailänder Bankhäusern ein besseres Ergebnis zu erreichen.

Napenna, 12. Juni. Die von hier abgegangene Diligence ist in der Nacht vom 10.—11ten vor den Thoren Bologna's ausgeraubt und ein Artillerieergeant dabei getödtet worden.

Neueste levantische Post. (Mittelt des Lloydampfers „Bulkan“ am 14. Juni in Triest eingetroffen.) Konstantinopel, 9. Juni. Der bisheerige Oberbefehlshaber der großherrlichen Garde Wassif-Pascha ist zum Oberbefehlshaber der Armee von Arabistan ernannt worden. Der Großvezir ist am 5. Juni in Schumla eingetroffen.

**Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Boczet.**

Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten vom 15. Juni 1860.

Angekommen sind die Herrn Gutob. Graf Boleslaus Kommer, Alfred und Justus Bogusz aus Galizien, Ignaz Boguszowski, Hippolit Grabowski, Johann Zarutowski aus Polen. Julian Kroganier, I. russ. Offizier, Johann Kwiatkowski I. russ. wirtsch. Staatsrath aus Warschau. Abgereist sind die Herrn Gutob. Michael Dobrynski, St. Erosnowski nach Galizien, Franz Rydzicki nach Wien, Franz Torosiewicz nach Czernawica.

In Gemäßheit der Bewilligung des k. k. Finanz-Ministeriums vom 24. Mai d. J. 27177/1667 wird auch in der diesjährigen Sommerperiode eine tägliche Postverbindung des Bude- und Kurortes Szczawica mit Alt-Sandez respective Krościenko eingerichtet werden.

Table with 2 columns: Station and Time. Routes include Szczawica to Krościenko and Krościenko to Szczawica.

R. k. galiz. Post-Direction, Lemberg, am 31. Mai 1860.

N. 4697. Licitations-Ankündigung. (1792. 3)

Von der Sandezer k. k. Kreisbehörde wird hiermit zur öffentlichen Kenntniss gebracht, daß zur Verpachtung des der Stadtgemeinde Neumarkt in der Stadt Neumarkt und in den dazu gehörigen Vorstädten ausschließlich zustehenden Weinpropinationsrechtes für die Zeit vom 1. November 1860 bis zum letzten October 1863 die Licitations-Verhandlung in der Amtskanzlei des k. k. Bezirksamtes in Neumarkt am 2. Juli 1860 abgehalten werden wird.

Der Ausrufspreis beträgt 1050 fl. ö. W. Sage: Eintausend und fünfzig Gulden öfter. Währ. jährlich. Pachtstufte haben sich am 2. Juli 1860 versehen mit dem 10% Wadium im Betrage von 105 fl. ö. W. in der Neumarkter Bezirksamtskanzlei einzufinden, oder an diesem Tage ihre mit dem bezeichneten Wadium belegte, vorchriftsmäßig verfaßten schriftlichen Offerten dem k. k. Bezirksamte in Neumarkt oder dem die Licitations-Verhandlung leitenden k. k. Beamten zu überreichen.

Von der k. k. Kreisbehörde, Sandez, am 1. Juni 1860.

N. 2135. Concurs-Kundmachung. (1789. 3)

Zu befehen ist die bei dem, der k. k. Berg- und Salinen-Direction zu Wieliczka unterstehenden k. k. Salztransport- und Verschleißamte in Turówka in Erledigung gekommenen Kontrollorsstelle in der XI. Diätenklasse, dem Gehalte jährlicher Fünfhundert fünfundsiebenzig Gulden öfter. Währ., Natural-Quartier, dann dem systemmäßigen Salzbezüge von 15 Pfd. jährlich pr. Familienkopf und mit der Verbindlichkeit zum Erlage einer Caution im Betrage von Fünfhundert fünfundsiebenzig Gulden öfter. Währ.

Bewerber um diese Stelle haben ihre gehörig documentirten Gesuche unter Nachweisung des Alters, Standes, Religionsbekenntnisses, des sittlichen und politischen Wohlverhaltens, der bisherigen Dienstleistung, der erforderlichen Expeditions- und Magazintingeschäfts-Kenntniss, der vollständigen Gewandheit im Rechnung- und Conceptsfache, der Kenntniss einer slavischen, vorzugsweise der polnischen Sprache, endlich der Eautionsfähigkeit und unter Angabe ob und in welchem Grade sie mit Beamten der k. k. Berg- und Salinen-Direction in Wieliczka verwandt oder verschwägert sind, im Wege ihrer vorgesetzten Behörden bei dieser Direction bis 10. Juli 1860 einzubringen.

Von der k. k. Berg- und Salinen-Direction, Wieliczka, am 8. Juni 1860.

N. 7630. Edict. (1787. 3)

Vom Krakauer k. k. Landesgerichte wird in der Executions-Angelegenheit des Hrn. Julius Ritter v. Florckiewicz gegen die liegende Masse des Wolf Grätzer und gegen Ester Grätzer zur Herbeibringung der erstgenannten Summe von 7500 fl. ö. W. hiemit bekannt gemacht, daß nach fruchtloser Verstreichung der auf den 16. Februar und 16. März 1860 bestimmten Feilbietungstermine zur Veräußerung der Realität Nr. 197 Gde. X. alt am Kazmierz der dritte Termin auf den 19. Juli 1860 um 10 Uhr Vormittags hiergerichts bestimmt wird, bei welchem die mit hiergerichtlichen Beschlüssen vom 13. December 1859 Z. 16292 festgesetzten, in der „Krakauer Zeitung“ vom Jahre 1860 Nr. 17, 18 und 19 kundgemachten Bedingungen mit nachstehender Abänderung zur Grundlage genommen werden:

- a) Wird diese Realität bei diesem Termine auch unter dem Schätzungswerte hintangegeben.
b) Bleibt der Executionsführer Hr. Julius Florckiewicz gemäß der früheren Licitationsbedingung Absatz 2. nicht nur vom Erlage des Wadiums, sondern auch als Bestbieter vom Erlage des ersten Kauffillingsdrittels befreit, welches er gleichwohl zu verzinsen verpflichtet ist.
c) Für andere Bestbieter wird die Frist zum Erlage des ersten Kauffillingsdrittels auf 60 Tage, nach Zustellung des Bescheides, daß der Licitationsact zu Gericht angenommen wurde, festgesetzt.

Krakau, am 4. Juni 1860.

N. 7630. Obwieszczenie.

C. k. Sad krajowy Krakowski zawiadamia niniejszóm iż w sprawie egzekucyjnej p. Juliusza Florckiewicza przeciw massie spadkowej Wolfa

Graetzer i przeciw Esterze Graetzer o sumę 7500 złp. wraz z przynależnościami po bezskutecznym upływie na dzień 16. Lutego i 16. Marca 1860 r. wyznaczonych terminów licytacyi realności N. 197 Gm. X. na Kazmierzu, trzeci termin licytacyjny na dzień 19. Lipca 1860 o godzinie 10, zrana się ustanawia, na którym warunki zu chwala dnia 13. Grudnia 1859 Nr. 16292 ustanowione Gazeta Krakowska z roku 1860 Nr. 17, 18 i 19 ogłoszone z następnymi odmianami za podstawę służyć będą:

- a) Rzeczona realność na tym ostatnim terminie nawet niżej ceny szacunkowej zostanie sprzedana.
b) P. Juliusz Florckiewicz stosownie do ustępu 2. warunków licytacyjnych, nietylko pozostaje wolnym od złożenia wadium ale także w razie nabycia licytowanej realności od złożenia pierwszej trzeciej części ceny kupna uwolnionym, wszelakoż obowiązany będzie od tejże części opłacać procenta.
c) Dla innych najwięcej ofiarujących ustanawia się do złożenia pierwszej trzeciej części ceny kupna termin dni 60 rachując od dnia doręczenia uchwały zawiadamiającej o przyjęciu sądownem aktu licytacyjnego.

Kraków, dnia 4. Czerwca 1860.

N. 2174. Concurs-Kundmachung. (1790. 3)

Zu befehen ist die bei der k. k. Berg- und Salinen-Direction in Wieliczka in Erledigung gefommene Stelle des 1. Visitationsbeamten, oder im Falle der Graduelvorrückung, die 2. oder 3. Visitationsbeamtenstelle, in der XI. Diätenklasse, dem Gehalte jährlicher 525 fl. resp. 472 fl. 50 kr. und 420 Gulden öft. Währ., Natural-Quartier und dem systemisirten Salzbezüge von jährlichen 15 Pfund per Familienkopf.

Bewerber um diese Stellen haben ihre gehörig documentirten Gesuche unter Nachweisung des Alters, Standes, Religionsbekenntnisses, des sittlichen und politischen Wohlverhaltens, der bisherigen Dienstleistung, der Kenntniss einer slavischen, vorzugsweise der polnischen Sprache, Übung im Rechnungsfache und eine gesunde Körper-Constitution und unter Angabe ob und in welchem Grade sie mit Beamten der Wieliczker Directions-Bezirkses verwandt oder verschwägert sind, im Wege ihrer vorgesetzten Behörden bei dieser Direction bis 12. Juli 1860 einzubringen.

Von der k. k. Berg- und Salinen-Direction, Wieliczka, am 9. Juni 1860.

Meteorologische Beobachtungen.

Table with 10 columns: Tag, Barom.-Höhe, Temperatur, Specifiche Feuchtigkeit, Richtung und Stärke des Windes, Zustand der Atmosphäre, Erscheinungen in der Luft, Veränderung der Wärme im Laufe d. Tage. Data for days 15, 16, 17.

Kundmachung.



Vom 15. November 1859 angefangen wird auf der k. k. priv. galiz. Carl-Ludwig-Bahn nachstehende Fahrordnung in Wirksamkeit treten.

Personen-Züge.

Large table with 4 main columns: von Krakau nach Przeworsk, von Przeworsk nach Krakau, von Krakau nach Wieliczka, von Wieliczka nach Krakau. Each column contains a sub-table with Station, Ankomst, and Abgang times.

Der Personenzug Nr. 1 steht in Verbindung von Wien, Brünn, Olmütz, Troppau, Bielitz, Granica und Myslowitz. Die gemischten Züge Nr. 18 und 19 verkehren nach Erforderniß nach Wien, Brünn, Olmütz, Troppau, Bielitz.

Der k. k. priv. galiz. Carl-Ludwig-Bahn.

Ein technisch gebildeter, im Concepts- und Rechnungsfach wohl erfahrener

Beamt e

erbietet sich zu schriftlichen Arbeiten, als: Concipist, Verrechner, Zeichner, oder auch als Secretär.

Hierauf Reflectirenden ertheilt die Redaction der „Krakauer Zeitung“ nähere Auskunft. (1756. 1)

Wiener - Börse - Bericht

vom 14. Juni. Oeffentliche Schuld. A. Des Staates.

Table with 2 columns: Description of bonds and their value. Includes items like 'In Oest. B. zu 5% für 100 fl.', 'Aus dem National-Anleihen zu 5% für 100 fl.', etc.

Table with 2 columns: Description of bonds and their value. Includes items like 'von Nied. Oesterr. zu 5% für 100 fl.', 'von Ungarn zu 5% für 100 fl.', etc.

Table with 2 columns: Description of bonds and their value. Includes items like 'der Nationalbank', 'der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. öfter. W. o. d. pr. St.', etc.

Table with 2 columns: Description of bonds and their value. Includes items like 'der Nationalbank', 'auf öfter. Währ. verlosbar zu 5% für 100 fl.', etc.

Table with 2 columns: Description of bonds and their value. Includes items like 'der Nationalbank', 'auf öfter. Währ. verlosbar zu 5% für 100 fl.', etc.

Table with 2 columns: Description of bonds and their value. Includes items like 'der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. öfter. Währung', 'der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft zu 100 fl. öfter. Währ.', etc.

Table with 2 columns: Description of bonds and their value. Includes items like 'Augsburg, für 100 fl. süddeutscher Währ. 3 1/2%', 'Frankf. a. M., für 100 fl. südd. Währ. 3%', etc.

Table with 2 columns: Description of bonds and their value. Includes items like 'Kais. Münz-Dukaten', 'Kronen', 'Napoleonsdor', 'Aust. Imperiale', etc.

Abgang und Ankomst der Eisenbahnzüge vom 1. August 1859.

Table with 2 columns: Destination and departure/arrival times. Includes routes like 'Nach Wien 7 Uhr Früh', 'Nach Granica (Warschau) 7 Uhr Früh', 'Nach Myslowitz (Breslau) 7 Uhr Früh', etc.

Antunft in Krakau. Von Wien 9 Uhr 45 Min. Vorm., 7 Uhr 45 Min. Abends. Von Myslowitz (Breslau) und Granica (Warschau) 9 Uhr 45 Min. Vorm. und 5 Uhr 27 Min. Abends.

Buchdruckerei = Geschäftsleiter: Anton Rother.